Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 02.04.2014 **Drucksache 17/1437**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Andreas Lotte, Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Hans-Ulrich Pfaffmann** und **Fraktion (SPD)**

Kein Verscherbeln durch die Hintertür – Schutz vor Umwandlung auch für GBW-Mieter!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das Aushebeln des Umwandlungsverbots bei GBW-Wohnungen zu verhindern und sich dafür einzusetzen, dass die Mieter und Mieterinnen umfassend über ihre Rechte und die Zukunft der GBW-Wohnungen informiert werden.

Insbesondere sind die folgenden Schritte einzuleiten:

1. Die Staatsregierung stellt Untersuchungen an, inwiefern der Verdacht zutreffend ist, dass die Patrizia AG durch die Vergabe von so genannten Vormerkungsberechtigungen für Eigentumsanteile an GBW-Mitarbeiter den am 1. März 2014 in Kraft getretenen kommunalen Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu umgehen versucht. Insbesondere ist in Erfahrung zu bringen, für wie viele GBW-Wohnungen solche Berechtigungen vergeben wurden und wo sich die entsprechenden Wohnungen befinden. Darüber hinaus prüft die Staatsregierung, auf welche Weise solch ein systematisches Unterlaufen der neuen Verordnung zu verhindern ist. Über die Ergebnisse dieser Untersuchung und Prüfung ist dem federführenden Ausschuss zu berichten.
2. Die Staatsregierung wirkt darauf hin, dass Dr. Günther Beckstein, der von der Patrizia AG zum Ombudsmann bestellt wurde, sich schriftlich an alle Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen wendet und diese über seine Funktion als Ansprechperson für Beratung sowie Unterstützung bei der Durchsetzung der Mieterrechte aufklärt. Vor allem soll der Ombudsmann auch darüber informieren, wie sich die Mieterinnen und Mieter vor Vertreibung aus ihrer Wohnung, Mieterhöhungen etc. schützen können, also ihren durch die Sozialcharta versprochenen Mieterschutz realisieren können.

Begründung:

Seit dem Verkauf der GBW-Wohnungen an die Patrizia AG versetzt eine Hiobsbotschaft nach der anderen die Mieter und Mieterinnen in Angst und Schrecken. So fanden einige beispielsweise kurze Zeit nach Verkauf des Unternehmens die Ankündigung von drastischen Miethöhungen in ihren Briefkästen. Mieterinnen und Mieter, wohl vorrangig im Großraum München, wurden dazu aufgefordert, ihre Wohnungen von potenziellen Käufern besichtigen zu lassen. Erste Wohnungen wurden wohl sogar bereits verkauft. Es ist die Rede von über 200 Wohnungen. Das kommunale Vorkaufsrecht wird nur unter einem pauschalierten Kostenzuschlag von fünf Prozent gewährt. Es gibt auch Hinweise, dass Vorkaufsrechte nicht korrekt kommuniziert werden.

Seit der vergangenen Woche gibt es Hinweise darauf, dass die Patrizia AG durch Tricksereien versucht, das Umwandlungsverbot zu umgehen, um den Wohnungsbestand zu filetieren und so möglichst großen Profit daraus zu schlagen. Dieser Verdacht wird bereits durch die unübersichtliche Struktur des Konsortiums um die Patrizia AG nahe gelegt, die der Gesellschaftsstruktur eines so genannten „Shareholder Optimizers“ entspricht. Nun wurde publik, dass so genannte Vormerkungsberechtigungen für Eigentumsanteile vergeben wurden – und zwar an GBW-Mitarbeiter und kurz vor Inkrafttreten des Umwandlungsverbots am 1. März 2014, das insbesondere vor Spekulationsgeschäften schützen soll. Die Mieterinteressen scheinen den neuen Eigentümern der GBW ziemlich gleichgültig zu sein. So wirkt die Sozialcharta wie ein reines Placebo – gleiches gilt für die Einsetzung eines Ombudsmannes, der mit Dr. Günther Beckstein zwar prominent besetzt wurde, von dessen Existenz jedoch die Mehrzahl derjenigen, für deren Anliegen Beckstein sich einsetzen soll, jedoch gar nichts wissen.

Die Staatsregierung steht in der Verantwortung dafür zu sorgen, dass die rund 85.000 Mieterinnen und Mieter der GBW – u.E. Hauptleidtragende des Versagens der Staatsregierung beim Skandal um die BayernLB – vor Mieterhöhungen und/oder Vertreibungen aus ihren Wohnungen geschützt werden und umfassend über ihre Rechte und die Vorgänge um die GBW-Wohnungen informiert werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.